

Aus Bund und Ländern

Für Rechtsanwälte + 4,5 Prozent

BONN. Die Entschädigungssätze für Zeugen, Sachverständige und ehrenamtliche Richter sollen heraufgesetzt werden. Außerdem sollen die Rechtsanwaltsgebühren erhöht werden. Das sieht ein Gesetzentwurf über die Erhöhung von Gebühren in der Justiz vor, den das Bundeskabinett beschlossen hat.

Der Stundensatz für Sachverständige soll von zur Zeit 20 bis 50 DM auf 30 bis 70 DM erhöht werden. Diese Obergrenze kann (wie auch bisher schon) in besonderen Fällen um bis zu 50 Prozent überschritten werden. Die Verdienstauffällenschädigung für Zeugen soll von zur Zeit 2 bis 12 DM auf 3 bis 20 DM erhöht werden (für Hausfrauen: von 6 auf 12 DM). Die Verdienstauffällenschädigung für ehrenamtliche Richter soll von 14 auf 30 DM angehoben werden.

Die Rechtsanwaltsgebühren sollen, wie der Bun-

desjustizminister begründet, zum Ausgleich der erheblich gestiegenen Büro- und Personalkosten „mäßig“ heraufgesetzt werden. Die vorgesehene Erhöhung führe für die Anwaltschaft zu Mehreinnahmen von rund 4,5 Prozent, schätzt der Bundesjustizminister. Die Rechtsanwaltsgebühren waren zuletzt im Jahr 1981 neu festgesetzt worden. EB

Nur 1000 Patienten verlangten Arzt-Abrechnungen

FRANKFURT. Lediglich 1000 Bürger machten im dritten Quartal 1985 von der Möglichkeit Gebrauch, sich mit Hilfe einer Anforderungskarte an die Kassenerztliche Vereinigung Hessen über die für sie erbrachten Leistungen eines Arztes und das dafür gezahlte Honorar informieren zu lassen. Die KV Hessen hat jetzt dieses System von ursprünglich drei Modellregionen auf ihren ganzen Bereich ausgedehnt. Die KV rechnet allerdings damit, daß das Interesse in Zukunft steigen wird. KV-H

Ausland

Journalist wurde Gesundheitsminister

WIEN. Bundeskanzler Fred Sinowatz hat den Informationsintendanten des österreichischen Fernsehens, Franz Kreuzer, zum neuen Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz ernannt. Der bisherige Minister Dr. Kurt Steyrer, der zuvor als niedergelassener Dermatologe tätig war, trat zurück, um als sozialdemokratischer Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Der neue Minister ist 56 Jahre alt. Bis 1967 war er Chefredakteur der sozialistischen Parteizeitung. Dann war er „Wissenschafts- und Umweltredakteur“ am österreichischen Rundfunk. bt

Die ambulante Versorgung erhält Vorrang

MOSKAU. Beim Ausbau des Gesundheitswesens der Sowjetunion im 12. Fünfjahrplan (1986 bis 1990) sollen die Prophylaxe verstärkt und das Netz der ambulanten Einrichtungen vorrangig ausgebaut werden. Durch den Bau von zentralen Rayonkrankenhäusern und -ambulatorien soll die medizinische Betreuung der ländlichen Bevölkerung verbessert werden. Insgesamt ist geplant, Krankenhäuser mit 350 000 Betten und ambulante Einrichtungen zur Behandlung von 900 000 Patienten „pro Schicht“ neu zu bauen. Ferner sollen die jährlichen Reihenuntersuchungen schrittweise auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden. Trunksucht und Alkoholmißbrauch sowie andere gesundheitschädigende Gewohnheiten „sind un-nachgiebig zu bekämp-

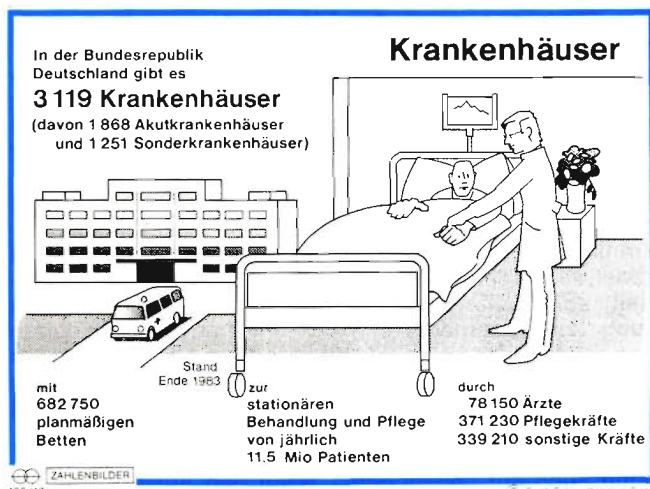
fen“, heißt es in dem vom Zentralkomitee der KPdSU beschlossenen „Entwurf der Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“ für die Jahre 1986 bis 1990.

In dem gleichzeitig beschlossenen Entwurf für ein neues Parteiprogramm stellt die Partei noch die „Aufgabe“, die Bedürfnisse der Stadt- und Dorfbewohner an einer hochqualifizierten medizinischen Betreuung überall zu befriedigen. Dazu ist unter anderem „vorgesehen“ die volle Versorgung mit Medikamenten, Heilmitteln und hygienisch-sanitären Mitteln.

Im Zuge des „konsequenten Aufbaus des Sozialismus“ hat nach dem Entwurf des neuen Parteiprogramms das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ein „festes sozialökonomisches Fundament“ erhalten – die Rentenversorgung der Kolchosbauern zum Beispiel soll aber künftig erst schrittweise dem Niveau der Altersversorgung der Arbeiter und der Angestellten angenähert werden. gb

Pharma-Sorgen

PARIS. Die Rentabilität der französischen Pharmaindustrie liegt heute unter den Werten in allen anderen europäischen Staaten, heißt es in einem Bericht des von den Arbeitgebern und Gewerkschaften getragenen „Conseil Économique et Social“. Deshalb sei Frankreich bei der Entwicklung neuer Medikamente vom zweiten auf den fünften Platz zurückgefallen. Der Industrie wird seit langem trotz Inflation vom Staat jede Preiserhöhung abgelehnt. Der Vorstand des Verbandes der Pharmaindustrie ist kürzlich aus Protest gegen diese Situation geschlossen zurückgetreten. bt



Die Bundesrepublik Deutschland weist eine auch im internationalen Vergleich relativ hohe Krankenhausbettendichte auf. Ende 1983 (letzter verfügbare amtliche Zahlen) gab es 3119 Krankenhäuser, darunter 1868 Akut- und 1251 Sonderkrankenhäuser, die 683 000 planmäßige Betten vorhalten. Der Umsatz der Kliniken liegt bei rund 50 Milliarden DM jährlich Zahlenbild/EB